

**Niederschrift Nr. 5
über die öffentliche Sitzung der Stadtvertretung
der Stadt Schwentinental am Donnerstag, dem 13. Dezember 2018,
im Rathaus, großer Bürgersaal**

Beginn: 18.00 Uhr

Ende : 19.10 Uhr

Anwesend sind :

1. Herr Christoph Ache
2. Herr Gerd Dieckmann
3. Herr Uwe Götting
4. Herr Joachim Harting
5. Herr Uwe Janz
6. Herr Björn Johansson
7. Herr Peter Köhler
8. Frau Anja Lassen
9. Frau Sarah Lossau
10. Frau Hannelore Malterer
11. Herr Dennis Mihlan (Vorsitzender)
12. Herr Bernd Petersen
13. Frau Claudia Petersen
14. Herr Wilfried Pioch
15. Herr Dr. Norbert Scholtis
16. Herr Hans-Kurt Siem
17. Frau Sabine Sindt
18. Herr Volker Sindt
19. Frau Dörte Stange
20. Herr Herbert Steenbock
21. Frau Monika Vogt
22. Herr Jan Voigt
23. Frau Mandy Michellé Voigt
24. Frau Britta Weißhuhn
25. Herr Stefan Wiese
26. Frau Swetlana Wiese
27. Herr Yavuz Yilmaz

Entschuldigt fehlen:

1. Herr Andreas Müller
2. Herr Gerhard Slomian

Anwesend, aber nicht stimmberechtigt:

Herr Michael Stremlau (Bürgermeister)
Herr Jens Becker (Verwaltung)
Herr Gerald Menz (Verwaltung)
Frau Sabine Conrad (Verwaltung)
Herr Ulrich Nebendahl (Verwaltung)
Herr Michael Stubbmann (Verwaltung / Protokoll)

Öffentlichkeit :

15 Einwohnerinnen und Einwohner.

Der Bürgervorsteher, Herr Dennis Mihlan, eröffnet die Sitzung der Stadtvertretung und stellt fest, dass die Einladung vom 04.12.2018 form- und fristgerecht zugegangen ist.

Weiterhin stellt er fest, dass zu Beginn der Sitzung 27 Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter anwesend sind. Damit ist die Stadtvertretung beschlussfähig.

Zur Tagesordnung schlägt der Bürgervorsteher folgende Änderungen vor:

- Der Tagesordnungspunkt 4 „Antrag der FDP-Fraktion vom 08.11.2018“ entfällt.
- Der Tagesordnungspunkt 7 wird ergänzt um die Beschlussvorlage 203/2018 (Stellenplan 2019)

Demnach ergibt sich folgende Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Einwohnerfragestunde
2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzung der Stadtvertretung vom 24.09.2018 und vom 12.11.2018
3. Mitteilungen und Anfragen
 - a. Mitteilungen des Bürgervorstehers
 - b. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - c. Anfragen
4. 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Schwentinental (ehemals Gemeinde Klausdorf)
hier: Beschluss über die eingegangenen Anregungen und Hinweise / abschließender Beschluss (BV 164/2018)
5. Zustimmung zu den Einnahme- und Ausgabeplänen der Kameradschaftskassen der Freiwilligen Ortsfeuerwehren der Stadt Schwentinental für das Jahr 2019 (BV 208/2018)
6. Haushaltsplan / Haushaltssatzung 2019 (BV 203/2019 + BV 204/2018)
7. Abschluss eines Vertrages zur Mitbenutzung von Kieler Abwasseranlagen bei der zentralen Schmutzwasserbeseitigung der Stadt Schwentinental (BV 209b/2018)
8. Betrauungsakt Freibad Schwentinental (BV 216/2018)
9. Termine (SM 214/2018)

Nichtöffentlicher Teil:

10. Mitteilungen und Anfragen

Abstimmung: 27 Ja-Stimmen / 0 Nein-Stimmen / 0 Enthaltungen

TOP 1: Einwohnerfragestunde

Ein Bürger äußert seinen Unmut über ein Schreiben der Stadt, mit dem er aus Gründen der Verkehrssicherheit zum Rückschnitt seiner Hecke aufgefordert wird. Er nennt mehrere Beispiele aus seinem Wohnumfeld, wo auch die Stadt seiner Auffassung nach bestimmte Verkehrssicherungsaufgaben nicht wahrnimmt. Herr Bürgermeister Stremlau sagt eine Prüfung des Sachverhalts zu.

TOP 2: Genehmigung der Niederschriften vom 24.09.2018 und vom 12.11.2018

Die Niederschriften über die Sitzungen vom 24.09.2018 und vom 12.11.2018 werden zur Kenntnis genommen.

TOP 3: Mitteilungen und Anfragen

- a. Mitteilungen des Bürgervorstehers**
- b. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- c. Anfragen**

zu a.

Herr Bürgervorsteher Mihan hat keine Mitteilungen.

zu b.

Herr Bürgermeister Stremlau teilt mit, dass der 1. Nachtrag zum Haushalt 2018 durch die Kommunalaufsicht des Kreises Plön genehmigt wurde. Die Bekanntmachung erfolgt umgehend.

zu c.

Herr Steenbock nimmt Bezug auf den neuen Erlass des Landes und trägt die Anfrage der SWG zum Thema Waldkindergarten Pippi Lotta vor. Herr Becker beantwortet die Anfrage und führt aus, dass eine Beibehaltung des Standortes auch nach dem neuen Erlass nicht zulässig ist, weil eine erforderliche Ausnahmegenehmigung der Forstbehörde nicht in Aussicht gestellt wurde.

TOP 4: 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Schwentinental (ehemals Gemeinde Klausdorf);
Hier: Beschluss über die eingegangenen Anregungen und Hinweise / abschließender Beschluss (BV 164/2018)

Beschluss:

- I. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes der 6. Änderung des F-Planes der Stadt Schwentinental (ehemals Gemeinde Klausdorf) abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Stadtvertretung mit folgendem Ergebnis geprüft:

a) Berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:

1. Amt Lütjenburg vom 21.03.2018 (Ifd. Nr. 2 in der Abwägungstabelle)

Das Amt Lütjenburg hat erhebliche Bedenken, wenn auch zentrumsrelevante Einzelhandelsbetriebe zugelassen werden, da von diesen weiterhin negative Auswirkungen auf die Stadt Lütjenburg als Unterzentrum ausgehen würden.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und findet in der Abwägung dahingehend Berücksichtigung, dass ein Hinweis zum Ausschluss von Einzelhandel in die Begründung aufgenommen wurde. Eine entsprechende Festsetzung zum Ausschluss von zentrumsrelevanten Einzelhandelsbetrieben wird auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung (B-Plan Nr. 70) getroffen werden.

2. Archäologisches Landesamt Schl.-Holst., (Ifd. Nr. 5 der Abwägungstabelle)
(Stellungnahmen vom 12.03.2018 (frühzeitige Beteiligung und Stellungnahme vom 27.07.2018 (Beteiligungsverfahren gem. § 4 Abs. 2 BauGB))

Die Behörde verweist auf § 15 Denkmalschutzgesetz, in dem aufgeführt wird, dass wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, dies unverzüglich unmittelbar oder über die Gemeinde der Oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen hat.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und bei der Erschließung berücksichtigt. Sollten während der Erdarbeiten Kulturdenkmale entdeckt oder gefunden werden, wird dieses der Oberen Denkmalschutzbehörde unverzüglich mitgeteilt.

Soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann, werden das Naturdenkmal und die Fundstätte im unveränderten Zustand erhalten.

3. Stellungnahme des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., Landesverband Schl.-Holst. vom 05.03.2017 (gem. § 4 Abs. 1 BauGB und vom 06.09.2018 (Id. Nr. 8 der Abwägungstabelle)

Der BUND informiert über die Betroffenheit eines geschützten Knicks, Redders und Kleingewässers, welcher durch einen entsprechend großen Saumstreifen, es wird vorgeschlagen 7,5 m, vor Beeinträchtigung geschützt werden soll.

Diese Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und entsprechend berücksichtigt. Im Entwurf zum B-Plan Nr. 70 sind für den geschützten Knick und den Redder ein Schutzstreifen in einer Breite von 5 bzw. 7 m vorgesehen.

Der BUND teilt mit, dass für das Kleingewässer, welches an das Gelände des RRB angrenzt sowie für den neu zu schaffenden Knick östlich des geplanten Gewerbegebietes ebenfalls ein Schutzstreifen anzulegen ist.

Die Stellungnahme wird ebenfalls zur Kenntnis genommen und berücksichtigt. Im Entwurf zum B-Plan Nr. 70 ist für den neu zu schaffenden Knick im östlichen Randbereich ein Schutzstreifen in einer Breite von 5 m vorgesehen.

In der verbindlichen Bauleitplanung wird ebenfalls ein Schutzstreifen für das Kleingewässer, welches an das RRB angrenzt, detaillierter ausgearbeitet und planerisch festgesetzt werden.

Der BUND regt an, den inmitten der Fläche befindlichen Ackertümpel aufgrund des Bewuchses mit Rohrglanzgras und Flutrasen an anderer Stelle neu anzulegen.

Diese Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und ebenfalls berücksichtigt. Ein Bewerten des Ackertümpels wurde bereits in dem Umweltbericht vorgenommen. Entsprechend notwendige Ausgleichsmaßnahmen werden auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung ermittelt und festgesetzt.

Der BUND fordert zu einem späteren Zeitpunkt eine Überprüfung, inwieweit sich geschützte Tiere im Knickredder oder im Kleingewässer aufhalten, da hier zum Zeitpunkt der Vegetation während der Stellungnahme keine Aussage getroffen werden konnte.

Diese Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und ebenfalls berücksichtigt. Auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung werden die Vorschriften zum Umwelt- und Naturschutz beachtet werden, die für die Planung von Bedeutung sind.

Ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag wurde bereits in Auftrag gegeben und wird dem B-Plan Nr. 70 im nächsten Verfahrensschritt beigelegt werden.

Der BUND weist darauf hin, dass im Vorentwurf des F-Planes das Gebiet beidseitig der L52 als Grünzäsur ausgewiesen ist.

Dieser Hinweis wird berücksichtigt. Der Vorentwurf der Neuaufstellung des F-Planes für die Stadt Schwentinental wird entsprechend der Flächendarstellung der 6. Änderung des F-Planes angepasst werden.

4. Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schl.-Holst., lfd. Nr. 11 der Abwägung vom 23.05.2018 (Stellungnahme aus dem Verfahren gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Es wird davon ausgegangen, dass die Erweiterung des Gewerbegebietes Dreikronen zeitlich prioritär verfolgt wird.

Diese Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und in der Form berücksichtigt, dass es der Planungswille der Stadt Schwentinental ist, die Gewerbegebietserweiterung prioritär zu entwickeln.

Es wird jedoch davon ausgegangen, dass im Rahmen der verbindlichen Planung Einzelhandel ausgeschlossen wird.

Dies soll nach Auffassung der Landesplanung bereits in die Begründung der F-Planänderung aufgenommen werden.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.

Ein Hinweis zum Ausschluss von Einzelhandel wurde in die Begründung aufgenommen. Die Formulierung der Festsetzung wird erst auf der Ebene des B-Planes erfolgen.

5. Deutsche Telekom Technik GmbH Netzproduktion GmbH (Ifd. Nr. 12 der Abwägungstabelle, Stellungnahme vom 17.07.2018)

Der Hinweis, bei Planänderungen erneut beteiligt zu werden, wird berücksichtigt.

6. Gewässerunterhaltungsverband Schwentine Gebiet zu Preetz (Ifd. Nr. 21 der Abwägungstabelle) Stellungnahme vom 13.08.2018

Es wird mitgeteilt, dass das aus dem Plangebiet abzuleitende Oberflächenwasser zu reduzieren ist, bevor es in das städtische Abwassernetz eingeleitet wird. Schadlose Ableitung an der Einleitungsstelle zu dem neuen Einzugsgebiet ist nachzuweisen.

Im Zuge der verbindlichen Bauleit- und Erschließungsplanung wird die Stadt ihre Pflichten als Betreiberin von öffentlichen Abwasseranlagen erfüllen und die schadlose Ableitung des Abwassers nachweisen. Nach derzeitigem Prüfstand kann davon ausgegangen werden, dass eine schadlose Beseitigung möglich sein wird, so dass der Hinweis entsprechend Berücksichtigung findet.

7. Handwerkskammer Lübeck (Ifd. Nr. 22 der Abwägungstabelle) Stellungnahme vom 16.08.2018

Die Handwerkskammer Lübeck erwartet sachgerechten Wertausgleich und frühzeitige Benachrichtigung betroffener Betriebe, wenn durch die Darstellung der Gewerbefläche Handwerksbetriebe beeinträchtigt werden.

Derzeit existieren im Plangebiet keine Handwerksbetriebe. Durch die Darstellung eines Gewerbegebietes soll die planungsrechtliche Voraussetzung geschaffen werden, dass sich zukünftig an dem Standort Gewerbe- und Handwerksbetriebe ansiedeln können. In dem angrenzenden Gewerbegebiet Dreikronen existieren Handwerksbetriebe, die durch die Ausweisung eines Gewerbegebietes nicht beeinträchtigt werden.

Insofern wird die Stellungnahme der Handwerkskammer Lübeck berücksichtigt.

8. Industrie- und Handelskammer zu Kiel (IHK) (Ifd. Nr. 23 der Abwägungstabelle) Stellungnahme aus dem Beteiligungsverfahren gem. § 4 Abs. 1 BauGB vom 27.03.2018 sowie Stellungnahme vom 22.08.2018

Die IHK teilt mit, dass es aus ihrer Sicht wichtig ist, die Gewerbestandorte in der Region möglichst aufeinander abgestimmt zu entwickeln. Das seit Mitte des Jahres 2017 bestehende Gewerbeflächen-Monitoring der Kiel-Region – bestehend aus der Landeshauptstadt Kiel und den Kreisen Plön und Rendsburg-Eckernförde – sowie der Stadt Neumünster ist ein wichtiger Schritt für eine abgestimmte Gewerbeflächenentwicklung.

Die Erweiterung des Gewerbegebietes Dreikronen ist im Monitoring-Bericht 2017 als ein für die Region bedeutsamer Standort klassifiziert worden. Die IHK begrüßt daher ausdrücklich die Ausweisung von 8,4 ha neuer Gewerbefläche zur Erweiterung des Gewerbegebietes Dreikronen in Schwentinental.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und findet dahingehend Berücksichtigung, dass in der Begründung ein Hinweis zum bestehenden Gewerbeflächen-Monitoring der Kiel-Region aufgenommen wurde.

9. Stellungnahme der Landeshauptstadt Kiel – Stadtplanungsamt – vom 04.08.2018 (Ifd. Nr. 27 der Abwägungstabelle)

Das Tiefbauamt der Stadt Kiel teilt mit, dass den Regelungen des zur Änderung anstehenden F-Planes nur zugestimmt werden kann, wenn Entwässerungstechnisch die vertraglich zugesicherte Schmutzwassereinleitmenge in das Entwässerungssystem der Landeshauptstadt Kiel eingehalten wird.

Die Stellungnahme des Tiefbauamtes wird zur Kenntnis genommen. Derzeit finden Verhandlungen über den Neuabschluss der Schmutzwasserabnahmeverträge statt. Im Zuge der verbindlichen Bauleit- und Erschließungsplanung werden die gemäß dem neuen Vertrag erforderlichen Nachweise erstellt.

Das Tiefbauamt der Stadt Kiel verweist zum Thema Verkehr/Mobilität darauf, dass im Rahmen der weiteren Planung ein Mobilitäts- und Verkehrsgutachten zu erstellen ist, in dem die Zielstellungen und Strategien der Kiel-Region aus dem Masterplan Mobilität und daraus abgeleitete Maßnahmen Berücksichtigung finden sollen.

Die geplante Erweiterung des Gewerbegebietes Dreikronen ist bereits jetzt sehr gut in das regionale Verkehrsnetz über die vorhandenen Linien 4310 und 4330 sowie die Linien 1 und 300 eingebunden.

Der Hinweis der Stadt Kiel wird in der Form berücksichtigt, dass in der verbindlichen Bauleitplanung geprüft wird, inwieweit Aspekte des Themas Smart-City (z.B. Ladesäulen für Elektroauto) berücksichtigt werden können.

Das Tiefbauamt der Stadt Kiel teilt mit, dass das Kieler Straßennetz in dem betroffenen Bereich an der Kapazitätsgrenze angelangt ist und fordert eine Darstellung, dass der Kfz- und Lkw-Verkehr durch geeignete Maßnahmen reduziert wird.

Diese Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es gibt bereits eine gute ÖPNV-Anbindung. Im Übrigen steht in der Preetzer Chaussee ein Radweg mit Anbindung an das überörtliche Radwegenetz zur Verfügung, so dass Voraussetzungen zur Reduzierung des Kfz-Verkehrs somit bereits vorliegen.

Es ist dennoch davon auszugehen, dass die geplante Gewerbegebietserweiterung im weiteren Verlauf der Preetzer Chaussee zu einem geringen Mehrverkehr führen wird. Derzeit wird jedoch davon ausgegangen, dass dieser zu keiner Überlastung des Kieler Straßennetzes führen wird.

Die Stellungnahme wird dahingehend berücksichtigt, dass auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung eine verkehrliche Stellungnahme erstellt wird, die diesen Umstand prüfen wird.

Das Stadtplanungsamt / Referat für Wirtschaft der Stadt Kiel teilt ebenso mit, dass der vorgelegten Planung nur zugestimmt werden kann, wenn u.a. die Vorgabe der Landesplanung umgesetzt wird, jeglichen selbständigen Einzelhandel auszuschließen.

Diese Vorgabe wird umgesetzt und berücksichtigt. Aus der nachgeordneten Bauleitplanebene wird ein Ausschluss vom selbständigen Einzelhandel vorgenommen. Der Hinweis zum Ausschluss von Einzelhandel ist in der Begründung zum F-Plan bereits erfolgt.

10. Landeskriminalamt – Sachgebiet 3.2.3 Kampfmittelräumdienst

(Ifd. Nr. 28 der Abwägungstabelle, Stellungnahme vom 04.10.2018)

Das Landeskriminalamt fordert vor Beginn von Tiefbaumaßnahmen – wie z.B. Baugruben/Kanalisation/Gas/Wasser/Strom und Straßenbau – die Fläche / Trasse der 6. F-Planänderung eine Untersuchung gem. Kampfmittelverordnung des Landes Schl.-Holst.

Die Stellungnahme wird berücksichtigt. Eine Untersuchung wurde bereits in Auftrag gegeben und teilweise schon durchgeführt.

11. Kreisplanung (Ifd. Nr. 29 der Abwägungstabelle), Stellungnahmen vom 03.04.2018 (Beteiligungsverfahren gem. § 4 Abs. 1 BauGB) sowie Stellungnahme vom 05.09.2018

Der Begründungstext sollte im Hinblick auf die Abweichung der Flächenzuschnitte der 6. Änderung des F-Planes mit dem F-Planentwurf zur Neuauftellung überarbeitet werden.

Diese Stellungnahme wird berücksichtigt. Die städtebauliche Begründung hinsichtlich der Abweichung der Flächenzuschnitte der hier vorliegenden 6. Änderung des F-Planes und der Neuauftellung des F-Planes wurde redaktionell ergänzt.

Von Seiten der Unteren Wasserbehörde des Kreises Plön bestehen derzeit gegen die Planung Bedenken in Bezug auf Nachverdichtung und dementsprechender Erhöhung der Einleitmengen).

Die Einleitungserlaubnisse der Einleitstellen, an denen das Regenwasser in ein Gewässer geleitet werden soll, müssen auf ihre Aktualität in Bezug auf angeschlossene Flächen, Versiegelungsgrad und aktuell geführte Regenwassermengen (Bestand 2018) überprüft werden.

Die Untere Wasserbehörde weist darauf hin, dass bei Überschreitung der aktuell geltenden Einleitungsmengen (entweder im Bestand oder zusammen mit der geplanten Erschließung) die Entwässerung und damit die Erschließung nicht sichergestellt wären. Aus diesem Grund ist zum frühestmöglichen Zeitpunkt ein Änderungsantrag der Einleitmengen bei der Unteren Wasserbehörde zu stellen.

Die Untere Wasserbehörde empfiehlt daher, abflussmindernde Maßnahmen im B-Planverfahren umzusetzen bzw. vorzuschreiben (Gründachversickerung, Entsiegelung, Regenrückhaltung usw.).

Die von der Wasserbehörde vorgetragenen Bedenken wurden geprüft. Es hat keine baulichen Entwicklungen gegeben, die von den Annahmen der hydraulischen Berechnung erheblich abweichen, die für den Neubau der Niederschlagswasseranlagen im Bereich der Siedlung Dreikronen aufgestellt wurden.

Der Geltungsbereich der 6. Änderung des F-Planes wurde seinerzeit bereits in der hydraulischen Berechnung für die Bemessung des Kanalnetzes als Baufläche berücksichtigt. Das Regenrückhaltebecken Heidbergredder kann entsprechend erweitert werden, wenn sich bei einer hydraulischen Nachberechnung ergeben sollte, dass zusätzliche Wassermengen schadlos abzuleiten sind.

Der Anschluss der geplanten gewerblichen Baufläche an die vorhandenen Niederschlagswasserkanäle kann somit auch nach aktuellen Regelwerken ohne hydraulische Überlasten sichergestellt werden. Da diese Möglichkeit technisch gegeben ist, stehen die Bedenken der Wasserbehörde der vorgesehenen

Erweiterung des Gewerbegebietes Dreikronen auf der Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung nicht entgegen.

Im Zuge der Aufstellung der verbindlichen Bauleitplanung bzw. der Erschließungsplanung wird die Stadt ein Entwässerungskonzept aufstellen und mit der Wasserbehörde abstimmen, das die vorgetragenen Bedenken und Hinweise aufgreift und ausräumt. Insofern findet eine Berücksichtigung der Stellungnahme in hinreichendem Maße statt.

Der Hinweis auf abflussmindernde Maßnahmen im B-Planverfahren wird ebenfalls berücksichtigt. Auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung werden mögliche Festsetzungen geprüft.

Der Hinweis auf die Wasserschutzzone 3B wird aufgenommen, beachtet und somit berücksichtigt.

Die Denkmalschutzbehörde des Kreises Plön weist darauf hin, dass eine Abstimmung der Planung mit dem Archäologischen Landesamt Schl.-Holst. erforderlich ist.

Diese Stellungnahme wird berücksichtigt. Das Archäologische Landesamt Schl.-Holst. wurde in dem Verfahren ebenso beteiligt.

Der Kreis Plön bittet um Erwähnung des Gewerbeflächenmonitorings für die Kiel-Region, das das Planungsgebiet Dreikronen als bedeutsame Fläche bewertet und bittet darum, diese Eigenschaft unter den Grundlagen der Raumordnung für die Planung zu erwähnen.

Diese Stellungnahme wird berücksichtigt. Die Aussagen des Gewerbeflächenmonitorings der Kiel-Region zum Gewerbegebiet Dreikronen und der geplanten Erweiterungsfläche werden in die Begründung zur Planung aufgenommen.

12. Stadtwerke Kiel AG (Ifd. Nr. 41 der Abwägungstabelle), Stellungnahme vom 22.08.2018

Der Hinweis auf die Wasserschutzgebietsverordnung des Wasserschutzgebietes Schwentinental Zone 3B und deren Anforderungen und Nutzungseinschränkungen wird zur Kenntnis genommen und findet in der Planung Berücksichtigung. Ein entsprechender Hinweis wurde bereits im Umweltbericht aufgenommen. Es wird redaktionell ein Hinweis in die Planzeichnung mit aufgenommen.

Zum Thema Löschwasserversorgung teilt die Stadtwerke Kiel AG im frühzeitigen Beteiligungsverfahren mit, dass eine Entnahmemenge von 96 m³ pro Stunde aus dem Trinkwasserversorgungsnetz nicht möglich ist, und dass eine andere Lösung für die Sicherstellung der geforderten Löschwassermenge gefunden werden muss.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Zuge der weiteren Erschließungsplanung berücksichtigt werden, indem die erforderlichen Nachweise zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung erstellt werden.

Die Hinweise auf die Einhaltung des DVGW-Arbeitsblattes W/405 und auf das Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehren werden zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.

13. Stellungnahme Person 1 vom 13.09.2018 (in der Abwägungstabelle als P1 gekennzeichnet)

Es wird eine qualifizierte Untersuchung mit dem Focus auf das Schutzziel Mensch gefordert, da sich südlich an das zur F-Planänderung dargestellte Gebiet an der Preetzer Chaussee ein Wohngebiet befindet.

Im Zuge der Aufstellung des B-Planes Nr. 70 wird eine schalltechnische Untersuchung hinsichtlich des Gewerbelärms erstellt werden. Durch geeignete Maßnahmen und Festsetzungen werden gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sichergestellt werden. In dem zu erstellenden Umweltbericht zum B-Plan Nr. 70 wird das Schutzziel Mensch untersucht werden.

In dem bereits erstellten Umweltbericht zu der vorliegenden F-Planänderung wurde das Schutzziel Mensch ebenso bewertet, so dass dieser Teil der Stellungnahme berücksichtigt wird.

Person 1 merkt an, dass bei der verkehrstechnischen Erschließung, die über die L52 und Preetzer Chaussee erfolgen soll, ein Anstieg der Verkehrsbelastung nicht berücksichtigt wurde. Der Kreuzungsbereich dieser Straßen ist u.a. ein stark genutzter Schulweg zu den Schulen nach Kiel.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und findet insoweit Berücksichtigung, dass in der weiterführenden Bauleitplanung eine verkehrliche Stellungnahme hinsichtlich der Leistungsfähigkeit und Verkehrssicherheit des Verkehrsknotens erstellt wird.

Des Weiteren wurde bei der Planung berücksichtigt, dass eine bereits vorhandene Lichtsignalanlage an dem Verkehrsknoten L52 und Preetzer Chaussee auch bei einem Mehrverkehr für Sicherheit des Schulverkehrs sorgen wird.

Person 1 merkt weiterhin an, dass die Nutzung des Gewerbegebietes in einem späteren B-Plan verbindlich festgeschrieben werden soll. Die notwendigen Gutachten für die Auswirkung dieser Nutzung sind anzufertigen.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und berücksichtigt. Die Regelung der zulässigen Nutzung erfolgt auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung. Dass die Art der späteren Nutzung des Gewerbegebietes derzeit nicht erkennbar ist, liegt darin, dass Aufgabe des F-Planes ist, die Art der Bodennutzung lediglich in seinen Grundzügen darzustellen. Ein entsprechendes Lärmschutzgutachten zur Auswirkung dieser Nutzung wird auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung erstellt.

Der Hinweis auf die bereits heute extrem hohe Verkehrsbelastung der L52 / Preetzer Chaussee als auch der B 76 als Zubringer wird dahingehend berücksichtigt, dass in der weiterführenden Bauleitplanung eine verkehrliche Stellungnahme sowie ein Lärmschutzgutachten hinsichtlich des Verkehrslärms erstellt wird.

In diesem Gutachten werden die Voraussetzungen für gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowohl im Gewerbegebiet als auch in den bestehenden angrenzenden Wohn- und Gewerbegebieten aufgezeigt.

14. Stellungnahme Person 2 im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 14.08.2018 (in der Abwägungstabelle als P2 bezeichnet)

In der Stellungnahme wird ausgeführt, dass das wohngenutzte Grundstück in der Preetzer Chaussee 77 keine Berücksichtigung im Umweltbericht findet.

Dieser Hinweis wird dahingehend berücksichtigt, dass der Umweltbericht auf Seite 5 und die Begründung auf der Seite 4 zur Klarstellung hinsichtlich einer Beschreibung des Grundstücks Preetzer Chaussee 77 ergänzt wurde.

Weiterhin wird ausgeführt, dass es nicht zutrifft, dass das überplante Areal aktuell auch als Acker genutzt wird und dass im Umweltbericht nicht berücksichtigt wird, dass sich innerhalb des Plangebietes bestandsgeschützte Wohnnutzung befindet noch das überhaupt erkannt wird, dass das überplante Areal sich nicht lediglich als Ackerfläche zusammensetzt.

Die Ausführungen finden in der Planung dahingehend Berücksichtigung, dass der landschaftspflegerische Fachbeitrag / Bestandsdarstellung, welcher Bestandteil des Umweltberichtes ist, das besagte Grundstück der Preetzer Chaussee 77 als Gartengrundstück mit vorhandenen Gebäuden darstellt.

Weiterhin wird zur Klarstellung der Umweltbericht redaktionell geändert. Die Beschreibung wird umformuliert und lautet „das überplante Areal wird aktuell zum größten Teil als Acker genutzt“. Weiterhin wurde der Umweltbericht auf der Seite 5 sowie die Begründung auf der Seite 4 zur Klarstellung hinsichtlich einer Beschreibung des Grundstückes Preetzer Chaussee 77 ergänzt.

Es wird gem. der Stellungnahme weiterhin befürchtet, dass die Anwohner sowohl durch die gewerbliche Nutzung selbst als auch insbesondere durch die zusätzliche Verkehrsbelastung in erheblichem Maße gestört werden. Es wird eine Berücksichtigung im Hinblick auf Lärm, Staub, Gerüche, Erschütterungen usw. gefordert und es wird davon ausgegangen, dass Immissionsuntersuchungen und Prognosen im B-Planverfahren erstellt und im Rahmen der Festsetzungen berücksichtigt werden.

Diese Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und berücksichtigt. In der weiterführenden Bauleitplanung wird ein Lärmschutzgutachten hinsichtlich des Verkehrs sowie des Gewerbelärms erstellt. In diesem Gutachten werden die Voraussetzungen für gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowohl im Gewerbegebiet als auch in den bestehenden angrenzenden Wohn- und Gewerbegebieten ermittelt und durch entsprechende Maßnahmen sowie Festsetzungen sichergestellt, so dass die Einwendungen Berücksichtigung finden.

Weiterhin wird gefordert, dass das im rückwärtigen Grundstücksbereich genehmigte Windrad im Rahmen der Planung zu berücksichtigen ist und dafür Sorge getragen wird, dass das Windrad durch die angrenzenden Bauvorhaben, wie sie durch den Plan ermöglicht werden, in den Windschatten gestellt wird und hier durch die Gewinnung der Windenergie konterkariert wird.

Diese Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und wird in der Form berücksichtigt, dass die erforderlichen und gesetzlich vorgeschriebenen Abstandsflächen zur Windenergieanlage eingehalten werden.

B. Nicht berücksichtigt werden die Stellungnahmen von 1. Teilweise die Stellungnahme der Landeshauptstadt Kiel,

Stadtplanungsamt vom 04.08.2018 (Ifd. Nr. 27 der Abwägungstabelle)

Die Stadt Kiel teilt mit, dass sich das Flächenangebot an lokale und regionale Nachfragen nach zentralen Lagen, die im Ortszentrum nicht bedient werden können, richten sollten, da der Standort ein Potential für Gewerbebetriebe mit Störwirkung hat, die andernorts häufig schwer zu vermitteln sind.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es ist beabsichtigt, dass in dem B-Plan Nr. 70 als Art der baulichen Nutzung ein Gewerbegebiet gem. § 8 BauNVO festgesetzt wird. Ein derzeit in Bearbeitung befindliches Schallgutachten wird die Möglichkeiten aufzeigen, wie stark die Lärmimmissionen - ausgehend von dem Gewerbegebiet - sein dürfen.

An das Plangebiet angrenzende Wohnnutzungen besitzen einen Schutzanspruch hinsichtlich Lärmimmissionen, so dass Gewerbegebiete mit uneingeschränkter Störwirkung nicht möglich sein werden, so dass eine Berücksichtigung dieses Hinweises nicht erfolgen kann.

Weiterhin führt die Stadt Kiel aus, dass nicht deutlich ist, welche gewerbliche Nutzung vorgesehen ist und bittet um Nachreichung.

Da auf der Ebene des F-Planes keine Nutzungen gesteuert werden können und es sich bei dem B-Plan Nr. 70 um ein Angebot zum B-Plan handelt, findet dieser Wunsch keine Berücksichtigung.

2. Teilweise Stellungnahme der Kreisplanung vom 05.09.2018 (Ifd. Nr. 29 der Abwägungstabelle)

Seitens der Kreisplanung wird angeregt, der Begründung eine Übersichtskarte zuzufügen, aus der die vorhandenen bzw. geplanten Geltungsbereiche der B-Pläne Nr. 70 und 17 und der geplanten 6. F-Planänderung hervorgehen sowie eine Flächenbilanz (Gewerbe Neu und Gewerbebestand).

Der Geltungsbereich der 6. Änderung des F-Planes und des B-Planes Nr. 70 sowie die geplanten Flächengrößen (Gewerbe Neu) lassen sich aus den hier folgenden Unterlagen entnehmen. Eine Übersichtskarte der Geltungsbereiche des rechtskräftigen B-Planes Nr. 17 und des im Verfahren befindlichen B-Plan Nr. 70 wird als nicht notwendig gesehen, so dass eine Berücksichtigung dieser Anregung nicht stattfindet.

Des Weiteren wird seitens der Kreisplanung darum gebeten, Änderungen im weiteren Verfahren in Text und Zeichnung gegenüber dem jeweils vorhergehenden Verfahrenstand zu kennzeichnen.

Dieser Bitte wird nicht entsprochen und findet keine Berücksichtigung. Die Planfassungen gelten immer für sich genommen und lösen die vorangegangene Fassung ab. Sollten sich jedoch in einem weiteren Verfahrensschritt (erneute Beteiligung) kleinere Änderungen im Begründungstext ergeben, werden diese zum besseren Verständnis kenntlich gemacht werden.

3. Teilweise Stellungnahme der Stadtwerke Kiel AG vom 22.08.2018 (Ifd. Nr. 41 in der Abwägungstabelle)

Seitens der Stadtwerke Kiel AG wird gebeten, die geplante Errichtung eines Umspannwerkes auf dem stadtwerkeigenen Grundstück (Flurstück 109, Flur 11 Gemarkung Klausdorf West und 20/40, Flur 5, Gemarkung Klausdorf) im F-Plan als Fläche für Versorgungseinrichtungen zu kennzeichnen.

Die Stadt nimmt Kenntnis von der Absicht, ein Umspannwerk im Geltungsbereich zu errichten. Die Stadt strebt an, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für dieses Vorhaben auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung zu schaffen.

Hierzu ist es nicht erforderlich, bereits im F-Plan eine Fläche für Versorgungsanlagen darzustellen. Entsprechend kleinteilige Darstellungen würden der Darstellungssystematik in der Neufassung des F-Planes widersprechen und auch die Funktion der F-Plan unberücksichtigt lassen, die Art der Bodennutzung lediglich in den Grundzügen darzustellen.

Dementsprechend muss und kann auf der Ebene des F-Planes noch keine endgültige planerische Standortzuweisung für das Umspannwerk vorgenommen werden, so dass dieser Hinweis keine Berücksichtigung findet.

4. Person 1 im Beteiligungsverfahren gem. § 3 Abs. 2 BauGB, Stellungnahme vom 13.09.2018 (in der Abwägungstabelle als P1 gekennzeichnet)

Es wird darauf hingewiesen, dass das FFH-Gebiet Untere Schwentine, das sich in einer Entfernung von 1,2 km in räumlicher Nähe befindet, in eine noch ausstehende gutachterliche Bewertung mit einzubeziehen ist.

Das genannte Schutzgebiet Untere Schwentine befindet sich in einer ausreichend großen Entfernung (Luftlinie von der Grenze des Plangebietes zur Grenze des FFH-Gebietes beträgt nach eigener Messung ca. 1,6 km), so dass davon ausgegangen wird, dass keine direkte Betroffenheit durch das geplante Gewerbegebiet auf das Schutzgebiet ausgeübt wird.

In Teilbereichen der Stellungnahme wird darauf hingewiesen, dass die östlich an die Plangrenze angrenzende Wohnsiedlung „Hinterm Lindenhof“, Eschenweg, Lindenweg“ im Umweltbericht nicht erwähnt werden und betrachtet werden, obwohl sie sich in Nähe des gegenständlichen F-Plangebietes befinden und in Teilbereichen im rechtsgültigen B-Plan als allgemeines Wohngebiet dargestellt sind.

In dem Umweltbericht wurden die vorhandenen Umgebungsstrukturen untersucht. Weiterhin wurde bewertet, wie sich die Ausweisung eines Gewerbegebietes auf die Umgebungsstrukturen auswirkt.

Das angesprochene Wohngebiet „Hinterm Lindenhof, Eschenweg, Lindenweg“ befindet sich in einer Entfernung von ca. 500 m von dem Plangebiet der 6. Änderung des F-Planes, so dass von einer direkten Betroffenheit der o.g. Wohngebiete aufgrund der Entfernung nicht ausgegangen wird und somit der Hinweis keine Berücksichtigung findet.

5. Teilweise Stellungnahme P2 vom 14.08.2018 (in der Abwägungstabelle als P2 gekennzeichnet)

In der Stellungnahme wird vorgebracht, dass das Wohnhaus Preetzer Chaussee 77 seit 100 Jahren besteht und durchgehend die gesamte Zeit ausschließlich als Wohnhaus genutzt wird. Es ist an die Straße angebunden und hat seit einigen Jahren ein von der Stadt Schwentinental ausgebauten und mitfinanzierten gemeinsamen Bürgersteig/Radweg mit einem Wohngebiet auf der gegenüberliegenden Seite, so dass davon ausgegangen wird, dass auch dieses Wohnhaus diesem Wohngebiet zuzuordnen ist. Da die baugenehmigte und errichtete Windkraftanlage unter der Auflage erfolgte, dass die Regularien für Wohngebiete (Höhe, Lärmimmission, Schattenwurf usw.) einzuhalten sind, wird die Auffassung vertreten, dass sich das Grundstück auch nach Auffassung der Unteren Bauaufsichtsbehörde um einen Teil des Wohngebietes auf der gegenüberliegenden Straßenseite handelt.

Diese Auffassung wird nicht geteilt. Das Grundstück Preetzer Straße 77 befindet sich planungsrechtlich im Außenbereich. Das Vorhandensein eines Radeweges

und eines Bürgersteiges sowie eine vorliegende Baugenehmigung für eine verfahrensfreie Windenergieanlage gem. § 63 Landesbauordnung Schl.-Holst. führen planungsrechtlich nicht dazu, dass ein Grundstück dem Innenbereich zugeordnet wird.

Das Grundstück liegt als Solitär auf einer landwirtschaftlichen Fläche ohne Zusammenhang zu einer in der Nähe befindlichen Bebauung.

In nördliche, östliche und westliche Richtung grenzen landwirtschaftliche Flächen an das besagte Grundstück an. Weiterhin wird das Grundstück durch die Preetzer Chaussee von dem südlich gelegenen Wohngebiet getrennt, so dass eine räumliche Zuordnung zu diesem Wohngebiet nicht gegeben ist.

In Teilen der Stellungnahme wird weiterhin ausgeführt, dass durch die Neuaufstellung des F-Planes das Grundstück aus einem Wohngebiet ausgegliedert und dem Gewerbegebiet zugeschlagen werden soll. Dies widerspricht nach Auffassung der Anwohner den Regelungen zum Bestandsschutz für selbstgenutztes Eigentum und würde auch einen massiven Werteverlust für die Immobilie bedeuten. Auch würde die Eingliederung in ein Gewerbegebiet eine massive Verschlechterung der Wohnqualität bedeuten, u.a. da für Gewerbegebiete andere Regularien gelten als für Wohngebiete (z.B. den Lärmschutz betreffend).

Dies ist nach Auffassung der Anwohner und den Regelungen zum Bestandsschutz nicht zu rechtfertigen, zumal kein übergeordnetes Interesse der Einrichtung eines Gewerbegebietes unter Einbeziehung oder indirekter Nachbarschaft des Grundstückes / Hauses besteht. Es wird gebeten, die Entscheidung unter Berücksichtigung des Widerspruches noch einmal zu überprüfen und die Änderung am F-Plan nicht vorzunehmen bzw. anzupassen.

Es ist unbestritten, dass das Haus an der Preetzer Chaussee mit der genehmigten Nutzung Bestandsschutz genießt. Die beabsichtigten Darstellungen im F-Plan ändern an diesem rechtlichen Status nichts. Somit ergeben sich aus den Regelungen zum Bestandsschutz keine Widersprüche zu den beabsichtigten Darstellungen im F-Plan. Wegen der hohen Nachfrage nach Gewerbebauland auch von ansässigen Handwerks- und Gewerbebetrieben sowie die Entwicklung bzw. Erhaltung des Arbeitsplatzangebotes bewertet die Stadt das öffentliche Interesse an eine Ausweisung zusätzlicher Gewerbeflächen hoch.

Aufgrund seiner Lage und günstigen Verkehrsanbindung eignet sich der Geltungsbereich der 6. F-Planänderung in besonderer Weise dazu, an diesem Standort die hohe Nachfrage nach Gewerbebauland zu decken. Die Stadt Schwentinental gehört gem. dem Landesentwicklungsplan als Stadtrandkern II. Ordnung zu den Siedlungsschwerpunkten in Schleswig-Holstein und hat somit eine gewisse Flächenvorsorge für Gewerbebetriebe zu leisten.

Gemäß der Stellungnahme vom 03.02.2017 zur Neuaufstellung des F-Planes für die Stadt Schwentinental forderte die Landesplanung eine bedarfsgerechte und zeitlich gestaffelte Entwicklung von Gewerbeflächen in der Stadt Schwentinental. Eine Erweiterung des bereits bestehenden Gewerbegebietes Dreikronen wurde durch das Gewerbeflächenmonitoring Kiel-Region und Neumünster untersucht. Das bestehende Gewerbegebiet wurde im Zusammenhang mit der Erweiterung als regional bedeutsamer Gewerbestandort eingestuft. Alternativstandorte in dieser Größenordnung sind in der Stadt Schwentinental derzeit nicht vorhanden. Dem gegenüber werden die Nachteile, die aus einem Heranrücken gewerblicher Nutzung an das Solitär im Außenbereich gelegene Wohnhaus resultieren, benannt. Die Erweiterung eines Gewerbegebietes wird zu Konflikten im Hinblick

auf die Wohnnutzung führen, insbesondere resultieren aus einem Gewerbegebiet Immissionen – z.B. Lärm, Geruch und Staub sowie zusätzliche Verkehrsströme. Diese werden im weiteren Bauleitplanverfahren untersucht und bewertet werden. Aus dem zu erstellenden Gutachten werden Maßnahmen sowie Festsetzungen resultieren, mit denen gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sichergestellt werden.

Ein Grundstückseigentümer hat keinen Anspruch darauf, dass eine Nutzung, die auf einem angrenzenden Grundstück ausgeübt wird, dauerhaft fortbesteht. Sollte der Verkehrswert eines Grundstückes davon abhängig sein, welche Nutzung auf einem angrenzenden Grundstück ausgeübt wird, muss der Grundstückseigentümer hinnehmen, dass sich der Verkehrswert mindert, wenn eine Nutzung aufgegeben oder geändert wird. Die Stadt hat im Rahmen ihrer Planungshoheit das Recht, die Nutzung von Grundstücken zu ändern.

Angesichts dieser vorgenommenen Bewertung entscheidet sich die Stadt im Konflikt, das Gewerbegebiet Dreikronen im öffentlichen Interesse zu erweitern oder eine planerische Nutzung des Umgebungsbereiches des Wohnhauses als Fläche für die Landwirtschaft beizubehalten für die Ausweisung zusätzlicher gewerblicher Bauflächen

Da das Hausgrundstück damit an künftig gewerblich zu nutzende Flächen in westlicher Richtung angrenzt und in östlicher Richtung eine weitere gewerbliche Entwicklung potenziell möglich wäre, drängt sich eine gewerbliche Nutzung als städtebaulich sinnvolle Entwicklungsperspektive auch für das Hausgrundstück auf. Dem tragen die geplanten Darstellungen in der 6. Änderung des F-Planes Rechnung.

Ungeachtet der planerischen Entscheidung, auch das Hausgrundstück in die gewerbliche Bauflächendarstellung einzubeziehen, folgt aus dem Bestandsschutz für das Wohnhaus, dass die Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse zu wahren sind.

Diesen Anforderungen wird die Stadt durch Festsetzung flächenbezogener Schallleistungspegel im Bereich benachbarter Gewerbegrundstücke oder auf andere geeignete Art und Weise (z.B. Abstandsflächen) auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung Rechnung tragen.

Durch ein Verkehrsgutachten wird der durch die Verkehrsanziehung des Gewerbegebietes zu erwartende Verkehrslärm ermittelt. Auch hieraus werden Maßnahmen sowie Festsetzungen resultieren, mit denen gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sichergestellt werden.

Der Wunsch, die Änderung des F-Planes nicht vorzunehmen, findet insoweit keine Berücksichtigung.

In einem Teil der Stellungnahme wird darum gebeten, um den Zu- und Abgangsverkehr von dem Grundstück Preetzer Chaussee 77 fernzuhalten, dass nach Möglichkeit eine Erschließung möglichst im Bereich des bestehenden Gewerbegebietes Dreikronen errichtet wird.

Diese Möglichkeit wird im Rahmen der Planung aus folgenden Gründen nicht berücksichtigt. Die geforderte Verkehrsanbindung der Gewerbegebietserweiterung an den Dreikronenweg wäre mit überwiegenden Nachteilen verbunden. Es wäre ein vermeidbarer Straßenbau notwendig, der eine zusätzliche Flächenversiegelung verursachen würde, vorhandene und geschützte Knicks könnten nicht erhalten werden und Gewerbegrundstücke werden nur auf Umwegen anfahrbar, was wiederum zusätzlich Verkehrsströme und Verkehrslärm zufolge hätte.

Daher wird die Anregung auch nicht aufgegriffen.

C.) Zur Kenntnis genommen werden folgende Stellungnahmen:

1. Stellungnahme des Amtes Selent-Schlesen vom 13.08.2018 (Ifd. Nr. 6 in der Abwägungstabelle)

Die Gemeinde Dobersdorf hat sich für die Beteiligung bedankt. Im Zuge der Beteiligung der Nachbargemeinden wird von der Gemeinde Dobersdorf kein Abstimmungsbedarf vorgebracht.

2. Stellungnahme des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistung der Bundeswehr vom 20.07.2018 (Ifd. Nr. 9 der Abwägungstabelle)

Es wird mitgeteilt, dass durch die Planung Belange der Bundeswehr weder berührt noch beeinträchtigt werden.

3. Stellungnahme der Deutschen Telekom Technik GmbH und Netz-Produktion GmbH vom 17.07.2018 (Ifd. Nr. 12 der Abwägungstabelle)

Gegen die Planung werden keine Bedenken vorgebracht.

4. Stellungnahme der Tennet TSO GmbH vom 19.07.2018 (Ifd. Nr. 13 der Abwägungstabelle)

Es wird mitgeteilt, dass die Planung keine von dort wahrzunehmenden Belange berührt.

5. Stellungnahme Gebäudemanagement Schl.-Holst. Anstalt öffentlichen Rechts Hauptniederlassung Kiel vom 15.03.2018 (Ifd. Nr. 19 der Abwägungstabelle)

Die Unterlagen wurden auf die Belange des Landes Schl.-Holst. hin überprüft. Einwände gibt es nicht, da keine Landesliegenschaften betroffen sind.

6. Teilweise Stellungnahme der IHK zu Kiel vom 22.08.2018 (Ifd. Nr. 23 der Abwägungstabelle)

Die Bestrebungen der Stadt, neue Gewerbeflächen in der Region auszuweisen, werden begrüßt und es bestehen keine Bedenken gegen die Ausweisung einer gewerblichen Baufläche an der Preetzer Chaussee.

7. Stellungnahmen des Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schl.-Holst. und der Forstbehörde vom 07.03.2018 (Ifd. Nr. 26 der Abwägungstabelle)

Es wird mitgeteilt, dass gegen die Planung seitens der Forstbehörde keine Bedenken bestehen. Der Gehölzbestand / ca. 4.000 m² in Form eines schmalen, teilweise deutlich unter 10 m breiten Gehölzstreifen ringförmig um das nordöstlich angrenzende Regenwasserrückhaltebecken ist kein Wald gem. Landeswaldgesetz.

8. Teilweise Stellungnahme der Landeshauptstadt Kiel, Stadtplanungsamt vom 04.08.2018 (Ifd. Nr. 27 der Abwägungstabelle)

Von Seiten der Landeshauptstadt Kiel wird die vorgelegte Planung begrüßt. Nicht zuletzt, weil sie im Bericht 2018 zum Gewerbeflächenmonitoring des Planungsdialogs Kiel-Region als für die Region bedeutsam eingeschätzt wird.

**9. Stellungnahme der Landwirtschaftskammer Schl.-Holst. vom 15.03.2018
(Ifd. Nr. 30 der Abwägungstabelle)**

In der Stellungnahme aus dem Beteiligungsverfahren gem. § 4 Abs. 1 BauGB wird mitgeteilt, dass gegen die Bauleitplanung keine Bedenken bzw. Änderungswünsche bestehen.

**10. Stellungnahme der Schl.-Holst. Netz AG Netzcenter Plön vom
27.07.2018 (Ifd. Nr. 38 der Abwägungstabelle)**

Aus Sicht der Schl.-Holst. Netz AG bestehen keine Bedenken.

**11. Stellungnahme der Stadt Plön vom 28.08.2018 (Ifd. Nr. 39 der
Abwägungstabelle)**

Es wird mitgeteilt, dass Belange der Stadt Plön nicht betroffen sind. Es werden weder Bedenken vorgebracht noch Anregungen oder Hinweise gegeben.

**12. Stellungnahme der Stadt Preetz, Stabstelle Stadtplanung vom
30.07.2018 (Ifd. Nr.40 der Abwägungstabelle)**

Die Stadt Preetz hat zu der Planung keine Anregungen vorzubringen.

**13. Stellungnahme der Verkehrsbetriebe Kreis Plön GmbH vom 19.07.2018
(Ifd. Nr. 44 der Abwägungstabelle)**

Es wird mitgeteilt, dass aus Sicht des Omnibuslinienverkehrs keine Einwände gegen die vorliegenden Planungen erhoben werden.

**14. Stellungnahme der Kabel Deutschland GmbH & Co. KG Region
Hamburg/Schl.-Holst./Mecklenburg-Vorpommern Verteilnetz
Planung v. 06.09.2018 (Ifd. Nr. 46 der Abwägungstabelle)**

Es wird mitgeteilt, dass keine Einwände geltend gemacht werden. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen des Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist derzeit nicht geplant.

**15. Stellung Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeres-
schutz Schl.-Holst., Betriebsstätte Kiel, vom 22.03.2018 (Ifd. Nr. 47 der
Abwägungstabelle)**

Es wird mitgeteilt, dass keine Bauverbote gem. § 80 Landeswassergesetz bestehen. Die Flächen liegen mit über 10 m über NN in keinem hochwassergefährdeten Gebiet. Aufgrund der abgegebenen Stellungnahme können Schadensersatzansprüche gegen das Land Schl.-Holst. nicht geltend gemacht werden.

**16. Stellungnahme der Dataport, Anstalt des öffentlichen Rechts, vom
24.07.2018 (Ifd. Nr. 49 der Abwägungstabelle)**

Es wird mitgeteilt, dass in dem benannten Plangebiet keine Richtfunkstrecke von Dataport betrieben wird und somit keine Beeinträchtigungen vorliegen.

**17. Stellungnahme des Eisenbahnbundesamtes – Außenstelle Hamburg -
Vom 24.07.2018 (Ifd. Nr. 52 der Abwägungstabelle)**

Es wird festgestellt, dass durch die Planung Belange des Eisenbahnbundesamtes nicht berührt werden.

18. Stellungnahme des Hauptzollamtes vom 27.07.2018 (Ifd. Nr. 53 der Abwägungstabelle)

Es werden keine Einwendungen gegen die Änderung des F-Planes vorgebracht.

Gleichwohl in den Beteiligungsverfahren hierauf nicht hingewiesen wurde, wird weiterhin berücksichtigt, dass sich durch die Ausweisung einer neuen Gewerbegebietsfläche möglicherweise ein zusätzlicher Wohnraumbedarf in der Stadt Schwentinental ergibt. Dieses wird insoweit berücksichtigt, dass die Stadt Schwentinental im Rahmen der Neuaufstellung des F-Planes für die Stadt Schwentinental weiterhin bemüht ist, ergänzende Wohnbauflächen darzustellen bzw. versucht wird, aus den bestehenden Darstellungen des F-Planes weitere wohnbaugebiete zu entwickeln.

II.

Im Übrigen wird der Abwägungsempfehlung gemäß Tabelle zugestimmt.

III.

Der Bürgermeister wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen. Die nicht berücksichtigten Stellungnahmen sind bei der Vorlage des Planes zur Genehmigung mit einer Stellungnahme beizufügen.

IV.

Die Stadtvertretung beschließt die 6. Änderung des F-Planes der Stadt Schwentinental, ehemals Gemeinde Klausdorf.

V.

Die Begründung wird gebilligt.

VI.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die 6. Änderung des F-Planes der Stadt Schwentinental, ehemals Gemeinde Klausdorf, zur Genehmigung vorzulegen und danach die Erteilung der Genehmigung nach § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.

In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann. Zusätzlich ist in der Bekanntmachung anzugeben, dass die wirksame Änderung des F-Planes und die zusammenfassende Erklärung ins Internet unter der Adresse www.schwentinental.de eingestellt ist und über den digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich ist.

Abstimmung: 27 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 5: Zustimmung zu den Einnahme- und Ausgabeplänen der Kameradschaftskassen der Freiwilligen Ortsfeuerwehren der Stadt Schwentimental für das Jahr 2019 (BV 208/2018)

Beschluss:

Den Einnahme- und Ausgabeplänen der Freiwilligen Ortsfeuerwehren der Stadt Schwentimental für das Haushaltsjahr 2019 wird zugestimmt.

Abstimmung: 27 dafür / 0 dagegen / 0 Enthaltungen

TOP 6: Haushaltsplan / Haushaltssatzung 2019 (BV 203/2018 + BV 204/2018)

Der Kämmerer, Herr Nebendahl, trägt die Eckpunkte des Haushalts 2019 vor und benennt dabei die größten Ausgabengruppen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt. Einer der Schwerpunkte seines Vortrages ist der Fehlbedarf der vergangenen Jahre und die Maßnahmen, die zu einem erfolgreichen Abbau geführt haben. Trotz aller Bemühungen wird aber auch der Haushalt 2019 einen Fehlbedarf von rund 240.000 € ausweisen.

Herr Dr. Scholtis und Herr Sindt nehmen zu den wesentlichen Inhalten des Haushalts Stellung und gehen dabei ein auf die großen Vorhaben und damit Ausgaben des Jahres 2019. Beispielhaft zu nennen sind der Bau des Feuerwehrgerätehauses, die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken zwecks Sanierung des Freibades und die Erschließung des neu geplanten Gewerbegebietes. Mit Blick auf die in den Fachausschüssen erfolgten Haushaltsberatungen erwähnt Herr Dr. Scholtis nochmal den Wunsch, dass die Abfolge der Sitzungen künftig so geplant werden sollte, dass Überschneidungen ausgeschlossen werden.

Während der Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt übergibt Herr Bürgervorsteher Mihlan um 18.45 Uhr die Sitzungsleitung an die stellvertretende Bürgervorsteherin Frau Vogt und verlässt den Sitzungssaal. Um 18.48 Uhr kehrt der Bürgervorsteher zurück und übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Herr Bürgervorsteher Mihlan schlägt vor, über den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, das Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2022 und dem Stellenplan 2019 insgesamt abzustimmen. Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

Beschlüsse:

1. Verwaltungshaushalt insgesamt

Abstimmung: 27 dafür / 0 dagegen / 0 Enthaltungen

Vermögenshaushalt insgesamt

Abstimmung: 27 dafür / 0 dagegen / 0 Enthaltungen

Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2022

Abstimmung: 27 dafür / 0 dagegen / 0 Enthaltungen

Stellenplan für das Jahr 2019

Abstimmung: 27 dafür / 0 dagegen / 0 Enthaltungen

Im Anschluss trägt Herr Bürgervorsteher Mihan die Haushaltssatzung der Stadt Schwentinental für das Jahr 2019 vor.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung der Stadt Schwentinental für das Jahr 2019 wird beschlossen.

Abstimmung: 26 dafür / 0 dagegen / 0 Enthaltungen

Herr Voigt ist bei der Beschlussfassung zur Haushaltssatzung nicht im Sitzungsraum anwesend.

TOP 7: Abschluss eines Vertrages zur Mitbenutzung von Kieler Abwasseranlagen bei der zentralen Schmutzwasserbeseitigung der Stadt Schwentinental (BV 209b/2018)

Beschluss:

Dem Abschluss des vorliegenden Vertragsentwurfes zur Änderung bestehender vertraglicher Verbindungen über die Mitbenutzung von öffentlichen Einrichtungen und die Schmutzwasserbehandlung zwischen der Landeshauptstadt Kiel und der Stadt Schwentinental wird zugestimmt. Sollte sich bei Vertragsabschluss - beispielsweise aus der Abstimmung mit anderen Umlandgemeinden – die Zweckmäßigkeit ergeben, einzelne Formulierungen des vorliegenden Vertragsentwurfes redaktionell zu ändern, wird der Bürgermeister zu entsprechenden Änderungen ermächtigt. Die Grundzüge des vorliegenden Vertragsentwurfes müssen unangetastet bleiben.

Abstimmung: 27 dafür / 0 dagegen / 0 Enthaltungen

TOP 8: Betrauungsakt Freibad Schwentinental (BV 216/2018)

Beschluss:

Der der Vorlage beigefügte Betrauungsakt wird beschlossen.

Abstimmung: 27 dafür / 0 dagegen / 0 Enthaltungen

TOP 9: Termine

- Die Stadtvertretung nimmt die Sitzungsplanung für das 1. Halbjahr 2019 zur Kenntnis
- Für den Februar 2019 wird die Durchführung einer Einwohnerversammlung in Aussicht genommen. Der genaue Termin wird noch bekannt gegeben.

Herr Bürgervorsteher Mihlan stellt die Frage, ob seitens der Stadtvertreterinnen bzw. der Stadtvertreter und der Verwaltung Mitteilungen oder Anfragen für den vorgesehenen nichtöffentlichen Teil der Sitzung vorliegen.

Da dies nicht der Fall ist, schließt Herr Bürgervorsteher Mihlan die Sitzung der Stadtvertretung um 19.10 Uhr.

gez. D. Mihlan

Vorsitzender

gez. Michael Stubbmann

Protokollführer